

Thesen zu EU und Ökologie anlässlich Ratssitzung Attac am 11.11.23

1. Die EU präsentiert sich unter anderem dem European Green Deal als Vorreiterin in Sachen Klimaschutz. Dahinter steckt ein umfangreiches Programm zum Umbau der Industrie im Sinne der eine Decarbonisierung. International betont sie „neue Rohstoffpartnerschaften“ auf Augenhöhe (die zugleich dazu dienen sollen, „Fluchtursachen zu bekämpfen“.
2. Tatsächlich werden European Green Deal und Just Energy Transition Partnerships in erster Linie so ausformuliert, dass sie Profitmöglichkeiten für europäische Konzerne bieten. Die Maxime neoliberaler Politik wird fortgeschrieben und Wertschöpfung in den Ländern des Globalen Südens werden nicht ermöglicht. Fehlende Sozialverträglichkeit und negative Umweltwirkungen werden ausgeklammert bzw. in Kauf genommen. Für Biodiesel werden z.B. in Indonesien Urwälder gerodet, Menschen vertrieben und Dörfer niedergebrannt. Während nach innen ambitionierte Ziele für den Ausstieg aus fossilen Energien aufgestellt werden, wird international sogar auf neue fossile Projekte gesetzt. Durch die Verzögerung der Abkehr von Fossilien, werden weite Gebiete in naher Zukunft unbewohnbar. Immer mehr Menschen werden zur Flucht gezwungen und zugleich wird die Festung Europa ausgebaut. Länder wie Kenia oder China kommen bei der Energiewende deutlich schneller voran als die EU.
3. Innerhalb der EU gibt es erhebliche Widersprüche über Tempo und Umfang des Co2 Ausstiegs. So hat die Auseinandersetzung um die Taxonomie gezeigt, dass die Vorschläge der Kommission von Ländern wie Frankreich und Deutschland unterlaufen wurde, indem diese ihre jeweiligen fossilen Energieträger (Kernkraft und Gas) in die Taxonomie hinein gedrängt haben. Gleiches passierte beim Ausstieg aus dem Verbrenner, der in letzter Minute von der Ampel-Regierung in Berlin so modifiziert wurde, dass E-Fuels als Option Eingang gefunden haben. Auch beim Ausstieg aus der Kohle stehen vielfach nationale Widerstände (z.B. Polen) massiv den gesetzten Co2-Zielen der EU-Institutionen entgegen.
4. Wir fordern einen echten Green Deal, bei dem eine echte ökologische Wende von einer sozialen Absicherung begleitet wird. Das 1,5 Grad Ziel muss die oberste Priorität haben (alle Möglichkeiten der Energieeinsparung genutzt und die Mobilitätswende zügig umgesetzt). Die finanziellen Mittel für die rasche Umwandlung der Wirtschaft in Richtung Null-Emissionen müssen von den oberen Einkommensgruppen und Vermögenden kommen und nicht von der breiten Bevölkerung.
5. Die historische CO2 Last der Industriestaaten ist gewaltig. Die Hauptauswirkungen der Erderhitzung tragen hingegen die Länder des Globalen Südens. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich die Forderungen von Debt-for-Climate zueigen machen und diese erfüllen: Schuldenstreichung für die notwendige Anpassung und Transformation in den Ländern des Globalen Südens.